

# Südeder Volksbote

## Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der "Südeder Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementpreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 7.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Telefon Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgepaarte Zeitung oder deren Raum 200 Pg., Verlammungs-, Arbeits- und Wohnungsausgaben 170 Pg., Reklamen 800 Pg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, gesondert später, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 269.

Donnerstag, den 17. November 1921.

23. Jahrgang.

## Die Gewerkschaften an die Regierung.

S. V. D. Berlin, 15. Novbr. (Drahtbericht.)

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des AfA-Bundes, die schon vor einigen Tagen gegen die vom Reichsverband der deutschen Industrie in der Frage der Kredithilfe gesuchten Beschlüsse schärfsten Protest eingelegt hatten, sind bei ihrer weiteren Beratung am 15. November zu dem Ergebnis gelangt, daß bei dem wachsenden Finanzelend des Reiches und der damit verbundenen unverträglichen Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel von der Reichsregierung nunmehr

unverzüglich ein gesetzgeberisches Eingreifen verlangt werden muß.

Unbeschadet ihrer grundsätzlichen Auffassung, daß die zu lösende Aufgabe nicht lediglich ein Steuer-, sondern vor allem ein Wirtschafts- und Produktionsproblem ist, halten die Gewerkschaften angesichts der fortschreitenden Geldentwertung

eine grundlegende Reformierung der Steuerpolitik für notwendig. Es kommt vor allem darauf an, zum Zweck der Sanierung der vom Zusammenbruch bedrohten Reichsfinanzen die Leistungsfähigkeit der seit Beendigung des Krieges wieder erstarnten Privatwirtschaft im notwendigen Maße anzufassen. Die Stilllegung der Notenpresse, die als unbedingt notwendig für jede Gefundung der Reichsfinanzen angesehen werden muß, kann nur erreicht werden, wenn bei der bevorstehenden Steuerreform die Wirtschaft in den Dienst des Staates gestellt wird.

Die Erfüllung der Wiedergutmachungspflicht an die Entente macht es der Regierung zur Pflicht, die Wirtschaftlichkeit der Reichsbetriebe einer scharfen Prüfung zu unterziehen. Unter unabdingter Ablehnung aller Versuche einer Überführung der Eisenbahnen oder anderer Reichsbetriebe in den Privatbesitz wird vorgeschlagen, die im Besitz des Reiches befindlichen wirtschaftlichen Unternehmungen von ihrer heutigen bureaukratischen Verformung zu befreien und durch Sozialisierung wirtschaftlich zu gestalten.

Gegen die Ausbeutung der Reichseisenbahnen durch privatkapitalistische Lieferanten müssen im Eisenbahnfinanzgesetz Sicherungen vorgesehen werden.

Von diesen Erwägungen ausgehend, fordern die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des AfA-Bundes von der Reichsregierung und dem Reichstag zur Erfüllung der Wiedergutmachungs-

leistungen und zum Ausgleich des inneren Haushalts des Reiches die beschleunigte Befreiung über folgende gesetzgeberische Maßnahmen:

1. Beteiligung des Reiches an den Sachwerten. Die Aktiengesellschaften haben 25 Proz. ihres Aktienkapitals auf das Reich zu übertragen. Die kleineren gewerblichen Unternehmen und die Landwirtschaft sind durch eine Steuer, deren Erträge der Veränderung des Geldwertes angepaßt sind, in gleicher Höhe zu belasten.

2. Sozialisierung des Kohlenbergbaues, eine Erhöhung der Kreditsicherheit des Reiches.

3. Neuerungen der Verkehrsunternehmungen mit dem Ziele, sie in kürzester Zeit wirtschaftlich zu gestalten.

4. Schärfste Erfassung der Exportdevisen zum Ausbau der Außenhandelskontrolle.

5. Beschränkung der Einfuhr auf das Lebensnotwendige.

6. Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen Erfassung der Bruttogewinne.

7. Beschleunigte Einziehung des Reichsnottopfers.

8. Sofortige Einziehung der bisherigen Steuer, besonders der Einkommensteuer. Die Steuerpflichtigen sollen verpflichtet werden, den Betrag ihrer eigenen Veranlagung sofort an die Finanzämter abzuliefern. Bleibt diese Zahlung bis zu einer Grenze von 25 Proz. hinter ihrer Einkommenssteuerpflicht zurück, haben sie nach der definitiven Veranlagung und Entscheidung des Finanzamtes den Rest mit 5 Proz. Zinsen abzuführen. Ist die Selbstveranlagung hinter diesem Betrag zurückgeblieben, haben sie für diese Summe eine Verzinsung von 30 Proz. zu zahlen. Die Umsatzsteuer ist von dem Steuerpflichtigen in monatlichen Abschlagszahlungen abzuführen.

9. Schärfste Erfassung der durch Devisen- und Effektengeschäfte erzielten Gewinne.

10. Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des AfA-Bundes rufen alle organisierten Arbeiter und Angestellten, sowie die Zentralen der organisierten Arbeiter der freien Gewerkschaften auf, mit allem Nachdruck für dieses Mindestprogramm einzutreten und seiner Durchführung ihre ganze organisatorische Kraft zu widmen.

## Englisch-amerikanische Vereinigung in Washington.

Washington, 16. November.

Balfours Rede, in der er den amerikanischen Vorschlag annimmt, machte auf die Konferenz einen ebenso guten Eindruck, wie der amerikanische Vorschlag selbst. Als Balfour die wohlwollende und vollständige Mitarbeit ganz Großbritanniens versprach, erhob sich die Versammlung und spendete minutenlanger stürmischen Beifall. Die Forderung des japanischen Admirals Kato nach nationalen Sicherungen und nach Beibehaltung der bestätigten Stützpunkte im Stillen Ozean wurde dagegen mit Schweigen aufgenommen. Hughes erklärte sich mit Balfours Rede und Briand mit Hughes Vorschlag einverstanden. Briand kündigte an, daß er einen Vorschlag für die Verteilung zu Lande machen werde.

Während der letzten Sitzung der Abrüstungskonferenz griff Hughes in die Debatte ein, indem er sich mit der Frage der offenen Tür im fernen Osten beschäftigte. Er verlangte die wirtschaftliche und territoriale Unvereinbarkeit Chinas. China müsse wie alle übrigen Staaten, das gleiche Recht erhalten, Privatverträge abzuschließen. Die Kontrolle Schanzungs und der mongolischen Eisenbahn durch die japanische Regierung müsse aufgehoben werden. Des weiteren trat Hughes für die Entfernung des japanischen Besatzungsheeres aus Sibirien ein. Wenn man von Japan das Opfer seiner Rechte in Schantung und in der Mongolei fordere, so müsse man auch von England die Aufgabe seiner Rechte in Manchukuo verlangen, da diese mit dem Grundsatz der offenen Tür sich nicht vereinigen ließen. Schließlich betonte Hughes, daß die Konferenz die Aufgabe der Mandate über die Inseln des Stillen Ozeans bewilligen müsse. Er legte besonderen Wert darauf, daß er durch die Forderung der Mandatsaushebung für die Freiheit der Meere kämpfe.

Die nächste Vollsitzung der Konferenz werde möglichst vor Mitte nächster Woche stattfinden.

## Ein Vorschlag Chinas.

TU. Berlin, 17. November.

Aus Washington wird gemeldet: Gestern früh überreichten die chinesischen Delegierten der Kommission für den fernen Osten einen ausführlichen Plan über die Regelung des chinesischen Problems. Die Hauptpunkte sind: volkommene politische Unabhängigkeit Chinas und Unverletzbarkeit des chinesischen Territoriums und die Garantie der offenen Tür. Die amerikanischen Delegierten haben dem chinesischen Vorschlag rücksichtslos zugestimmt. Es steht schon fest, daß die bestehenden Beschränkungen der Freiheit Chinas zum größten Teil aufgehoben werden. Man trautet danach, das unerledigte chinesische Problem von der Tagesordnung der Abrüstungskonferenz abzusehen.

## Die Enttäuschung der Pariser Presse.

Paris, 17. November.

"Petit Journal" schreibt der Unterredung zwischen Briand und Hughes und der Entschlossenheit, mit der Briand den Standpunkt Frankreichs in der Abrüstungsfrage vertreten habe, große Wirkungen zu und versichert, daß Frankreich in der Reparationsfrage beständigende Zusicherungen erhalten werde. — "Echo de Paris" sagt, daß die englische Diplomatie in Washington triumphiere, weil England es durchsetzen werde, die stärkste Flotte zu behalten und im Austausch für den Verzicht auf das Bündnis mit Japan noch andere Zugeständnisse zu erwarten habe. Es wäre unhöflich, wenn jetzt über Reparationen gesprochen werde. (!) In dieser Frage müsse Frankreich die Zeit und die Methode bestimmen. Wenn die Reparationsfrage jetzt zur Sprache käme, dann wäre das für Frankreich sehr unvorteilhaft. Es wäre besser, wenn Louchot auf die Reise nach Amerika verzichtet. Frankreich müsse sich vor allem darüber klar sein, was es tun wolle, wenn Deutschland am 15. Januar nicht zahlt. Die Ereignisse in Washington bedeuten eine klare Ablehnung der Politik der Allianzen, wie sie Briand aufhält und betreibt.

## Bremen.

Zum demokratischen Partitag.

Dr. L. Sübeke, 17. November.

Einst sprach ein Mann zum Volke: Kinkel. Vor den Schranken des Gerichts von 1848 verteidigte dieser revolutionäre Demokrat nicht sich, sondern die Demokratie, die Revolution. Angehört des Urteilspruchs noch schwang er das schwarz-rot-goldene Banner der Rebellion; rief er in feurigster Sprache die Ideen der Freiheit durch die deutschen Lande; verhöhnte er den Hertford, den Fürstenknechte ihm zugedacht.

Wo ist Kinkel geblieben? Wo sein Geist? Es ist ein weiter Weg von Kinkel zu Petersen; von 1848 bis Bremen. Und doch steigen Erinnerungen auf beim Leien einzelner Bremer Parteidaysreden. Ganz dunkel Klingt für uns dort Kinkelscher Geist durch; verklungen zwar und untergehend in der Stimmung breiter und leerer Geschäftsmachdemokratie, aber doch bezeichnend für die Scham der letzten Reste von 1848.

Ein Wort wurde gesprochen auf dem Partitag der deutsch-demokratischen Partei, das helle Ohren aufhorchen läßt: „Als die Zugehörigkeit zur demokratischen Partei nicht mehr nötig war, um die Haut in Sicherheit zu bringen, da begann die Flucht aus der Partei; da begann die große Wanderung zur Deutschen Volkspartei, und da begann auch der große Rechtsmarsch der demokratischen Politik.“ Ist das nicht der helle Ton des Aufruhrs ausrechter Demokratie gegen das offene Handelsgeschäft der demokratischen Partei-monarchie mit Stinnes und Stresemann?

Wenn die ausleckende Lohne der Zwieträger nicht die ganze Bremer Herrlichkeit austroß, so nur deshalb, weil Kraft und Temperament in der gesamten deutschen Parteibewegung von großer Mäßigkeit umspült und überschwemmt sind. Schärfes Wort hinüber, schärfste Antwort herüber; schließlich Kunkre und dann Versöhnung auf der mittleren Linie. Ein Kompromiß wird mühsam zusammengezimmert; und auf ihm segelt nun glücklich und zufrieden in das faulige Brackwasser des Einseits-Andererseits. Das ganze aber nennt sich Demokratie.

Man soll einem todwunden Wesen keine Bosheiten sagen; man soll auf einen Sterbenden keinen Stein werfen. Wer aber so in seiner eigenen Unzulänglichkeit erstickt, wie die deutsch-demokratische Partei, der verdient keine Schonung. Vor drei Jahren schuf der Demokrat Preuß gegen sämtliche monarchistischen Parteien die Verfassung von Weimar; mit der Sozialdemokratie zusammen pflanzte die Demokratie das revolutionäre Schwarz-rot-gold auf. Heute stellt sich die gleiche demokratische Partei liebend neben die Volkspartei; nur an deren Seite wagt sie schüchterne Gehversuche. Und die schwarz-rot-goldene Flagge möchte sie am liebsten wieder wegschmuggeln. Und — doch sprechen wir hier nicht mehr von dem Süddeutschen Partei; wie brennende Asche brennt so schon Neue auf Demokratenseelen.

Rückblick ist Trauer! Die Führer im 1848er Freiheitskampf, unsere Republikfreunde von einst, sie sind nur noch ein letzter zukender Rest, eingetaucht in einen großen Abgrund der Volkspartei. Welch eine Wendung durch Geldsads Fügung!

Im Kampf für Republik und Demokratie hat die bürgerliche Demokratie versagt; als solche hat sie aufgehört zu bestehen. Wie lange noch wird es dauern, bis die wirklichen Demokraten das restlos einsehen werden? Wie lange noch will die demokratische Partei als armseliger Zwitter zwischen links und rechts hängen? Bremen hat das Entweder—Oder nicht beantwortet; das Volk wird die Antwort selbst finden müssen.

Die wirklichen Demokraten werden immer mehr zu der Einsicht kommen müssen, daß es nur eine Partei gibt, die wirklich demokratisch ist, und die aufrichtig und entschlossen eintritt für die republikanische Freiheit: die Sozialdemokratie.

## Reine Gründung der Januar-Zahlung!

Die "B. Z. am Mittag" will von unterrichteter Seite erfahren haben, daß die Reparationskommission und das Garantiekomitee sich darüber geeinigt hätten, die englische Abrechnung einer Stundung der am 15. Januar fälligen Reparationsrate fallen zu lassen. Sie hätten vielmehr beschlossen, auf pünktlicher Einhaltung des ganzen Zahlungsplanes ohne Diskussion mit der Reichsregierung zu beharren. Auch würde irgend eine Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit nicht stattfinden.

Ob diese Hochbotschaft den Tatsachen entspricht, darüber war an amtlicher Stelle bis zur Mittagsstunde angeblich nichts bekannt. Es wird dort versichert, daß irgend welche offiziellen Verhandlungen zwischen Reparationskommission und Reichsregierung bisher überhaupt nicht stattgefunden haben. Und über den Stand der offiziösen Verhandlungen vermöge man keine authentische Auskunft zu geben.

Die "B. Z." fügt, gewissermaßen beruhigend, hinzu, daß die Reichsregierung sich den für die nächsten Zahlungen erforderlichen Devisebetrag bereits gesichert hätte, bis auf einen Rest von 40 Millionen Goldmark, für dessen Bezahlung aber gewisse Industriekreise die Bürgschaft übernommen hätten.

Was an diesen verschiedenen Mitteilungen den Tatsachen entspricht, läßt sich, wie gesagt, bis zur Stunde nicht feststellen. Sollten die Verhältnisse der Reparationskommission wirklich in dem angeführten Sinne lieuten, dann würde dies die Verbörfung auch der sehr bestehenden Hoffnungen bedeuten, mit denen wir der Reise der Reparationskommission nach Berlin entgegengesehen hatten. Die Folgen einer solchen Intranzug wären unabsehbar, auch wenn es wohl sein sollte, daß der Devisenbedarf des Reiches für die nächste Reparationszahlung gedeckt ist. Oder waren diese von Reichs wegen gehämmerten Devisen ursprünglich für andere Zwecke, etwa für Lebensmittel einzukaufen in Ansicht genommen?

Wie dem auch sei, glauben wir, daß man besser tut, amtliche Schlüsse und Mitteilungen abzuwarten, ehe man sich übertriebenen Erwartungen über die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands im kommenden Winter freigt. Wenn es aber mehr ist, daß, wie die "B. Z." aus Paris meldet, die französische Presse die ablehnende Haltung der Reparationskommission auf den Jahren und abführenden Landen zurückführt, den das Reditzprogramm der Industrie auf sie geacht hätte, dann haben die Herren vom Reichsverband der deutschen Industrie eine schwere Schuld auf sich geladen. Aber diese Schuld wird nicht ohne Sühne bleiben; denn je schwerer die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands sich gestaltet, desto ziellos wird man den einzigen rettenden Ausweg, die Erfassung der Gold- und Sachwerte beschreiten müssen.

## Bonifawski über die deutsch-polnischen Beziehungen.

Paris, 17. November.

Der polnische Ministerpräsident Bonifawski hat einem Beiratsherrn des "Matin" seine Ansicht über die fünfjährigen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland mitgeteilt. Bonifawski erklärt, ich weiß, daß die polnischen Herzen immer für Frankreich schlagen werden, aber man muß leben und der niedrige Markt ist ein kräftiges Propagandamittel. In Polen sind zahlreiche Gesellschaften entstanden, die unbestreitbar Beziehungen zum Deutschen Reich haben. Wir können jetzt mit Deutschland in ein regeläres nachbarliches Verhältnis kommen. Die Kunden, die Deutschland Polen zugefügt hat, werden noch lange schmerzen, aber ich glaube nicht, daß diese Empfindungen einen starken Einfluß auf die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen haben werden. Denn ganz Europa hat es nötig, so rasch wie möglich zum Zustand vor dem Krieg zurückzuziehen. Polen war politisch durch keine Allianz mit Frankreich gebunden und wird, soweit es sich um Deutschland handelt, der französischen Politik gegen Deutschland anpassen müssen.

## Die Kartoffel-Nationalen.

Aus Altdrewitz bei Küstrin (Kreis Königsberg in der Neumark) wird uns geschrieben:

Die hiesige Bevölkerung, die zu vier Fünfteln aus Fabrikarbeitern besteht und unter der Kartoffelknappheit schwer leidet, hatte befürchtet, daß bei dem Gruppenführer der Deutschnationalen große Mengen Kartoffeln angeliefert würden. Bald wurde bekannt, daß sich Kartoffeln in beliebiger Menge zum Preis von 33 Pf. pro Zentner an alle die Einwohner abgeben werden mögen, die als Mitglieder der Deutschnationalen Partei einzutragen lassen. Darüber bemächtigte sich der Arbeiterschaft eine ungeheure Empörung. Die Menge beschloß, den Gruppenführer der Deutschnationalen zu veranlassen, wenigstens den Vermieteten Kartoffeln zum selben Preis abzugeben. Es wurden die Genossen Beder und Vogel beauftragt, mit dem Gruppenführer zu verhandeln. Der Herr erklärte, daß er nicht Eigentümer der Kartoffeln sei und nur der deutschnationale Studienrat Reeg in Küstrin darüber zu verfügen habe. Daraufhin legten sich die Genossen Beder und Vogel im Beisein des Amtsverwalters und des Gendarmen mit dem Herrn Studienrat telephonisch in Verbindung und erreichten, daß für alle Einwohner, die gar keine Kartoffeln besitzen, je ein halber Zentner zu 15,50 Pf. abgegeben würde. Die Menge verzog sich nun sehr schnell, und es erhielten 26 der Vermieteten einen halben Zentner. Die Kartoffeln wurden gleich bezahlt und die Empfänger in eine Liste eingetragen. Der Zinnschaffell war damit für die Altdrewitzer Einwohnerhaft erledigt.

Nicht so für den Herrn Studienrat Reeg. — Nach einigen Tagen erhielten die Genossen Beder und Vogel, beide Eisenbahndirektion, eine Vorladung der Eisenbahndirektion. Dort wurde ihnen eröffnet, daß beide durch Herrn Studienrat Reeg bestohlt werden, die Beschlüssigung von Altdrewitz zur gewollten Begnadigung von Kartoffeln, zum Ertritt und zu mündlichen Rechenschaft verleitet zu haben. Außerdem wurde ihnen eröffnet, daß diese Sache bei Staats-

anwaltschaft übergeben worden sei. Vorläufig ist die Sache an die Oberreisenbahndirektion weitergegeben worden. Man will also den beiden Genossen Beder und Vogel, die nach den übereinstimmenden Bekundungen des Amtsverwalters und des Gendarmen die mit Recht empörte Menge beruhigten und den Zwischenfall einem harmlosen Ende zuführten, daraus einen Strick drehen. Ob sich ein Staatsanwalt dazu finden wird?

## Zur Erwerbslosenfrage.

S. P. D. Berlin, 16. Nov.

Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt:

Der Reichsarbeitsminister hat sich in einem Rundschreiben an die Sozialministerien der Länder mit den Rückwirkungen beschäftigt, welche die gegenwärtige günstige Lage des Arbeitsmarktes auf die Erwerbslosenfürsorge ausüben muß. Im Bereich der unterliegenden Erwerbslosenfürsorge wünscht der Reichsarbeitsminister insbesondere eine sorgfältige Sichtung der Erwerbslosen. Für eine große Zahl von Berufen liegt der Arbeitsmarkt zur Zeit so günstig, daß eine Beschränkung der Unterstützungsauer auf 12 Wochen berechtigt erscheint, da in diesem Zeitraum der Arbeitswillige mit Sicherheit Arbeit zu finden vermag, und auch bei den übrigen Berufen werden die Voraussetzungen für eine Unterstüzung über 26 Wochen hinaus bis auf weiteres nur mehr selten gegeben sein.

Der Berufsberatung soll vermehrte Aufmerksamkeit zugewandt werden, die Umstellung und Umschulung von Erwerbslosen aus Berufsgruppen mit ungünstiger in solche mit aussichtsreicher Beschäftigungslage soll vermehrt betrieben werden. Hierzu wird insbesondere die produktive Erwerbslosenfürsorge dienstbar zu machen sein, während andererseits die sogenannten "Noistandsarbeiter" im Hinblick auf die vermehrte Arbeitsgelegenheit in der allgemeinen Wirtschaft eingeschränkt werden müssen. Diese Noistandsarbeiten sollen in erster Linie den langfristig Erwerbslosen zugute kommen.

Noistandsarbeiter dürfen nur in solchen Bezirken begonnen werden, in denen die Zahl der unterstützten Erwerbslosen drei vom Durchschnitt der Einwohner und mehr beträgt. Nachdrücklich wird darauf hingewiesen, daß Arbeiten, die ordnungsmäßig in den Gemeindehaushalt gehören, nicht zu Lasten der produktiven Erwerbslosenfürsorge ausgeführt werden dürfen, da sie eine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit bedeuten. Die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge können bestimmungsgemäß nicht dazu dienen, die finanzielle Belastung öffentlicher Verbände zu vermindern.

Die Anwendung all dieser Richtlinien wird dazu führen, daß die produktive Erwerbslosenfürsorge mehr noch als bisher Maßnahmen fördert, die — sonst aus Mangel an Mitteln nicht ausführbar — unzweckhaft hohen wirtschaftlichen Wert aufweisen. Das sind die Verbesserungen des landwirtschaftlichen Bodens (Meliorationen), die Errichtung von Kulturgärten um die Städte, Verkehrsbauteile usw. Die Bereitstellung und Vorbereitung solcher Arbeiten im weitesten Umfang zur Abwehr der kommenden Erwerbslosigkeit ist dringend zu wünschen.

## Die Techniker gegen die Privatisierung der Eisenbahnen.

Berlin, 17. November.

Die am 15. November 1921 in Berlin versammelten Vertreter der in der Reichsarbeitsgemeinschaft technischer Beamtenverbände zusammengefügten technischen Beamten des Reiches, der Länder und der Gemeinden erheben einmütig schärfsten Einwurf gegen die Privatisierung der in öffentlicher Verwaltung befindlichen Betriebe, insbesondere der Reichseisenbahnen. Die Reichsarbeitsgemeinschaft technischer Beamtenverbände warnt eindringlich davor, zur Erreichung eines fragwürdigen Vorteils Unternehmungen aus der Hand zu geben, die früher den Ländern und Gemeinden einen erheblichen Teil ihrer Einnahmen zugeführt haben und die, durch technisch-wirtschaftlichen Geist in moderne Betriebe übergeführt, auch in Zukunft berufen sein werden, die schwersten Lasten unseres Volkes zu erleichtern.

## Schändung der Reichsflagge.

Hamburg, 15. November.

In Hamburg fand am Dienstag Nachmittag die Rektoratsübergabe der neuen Universität das erstmals als öffentlicher Akt statt. Dem altherumlichen Brauche entsprechend waren auch die akademischen Karnevalen in Farben und Wüchs erschienen. Die Karnevalisten hatten jedoch die Bezeichnung abgelehnt, weil auf der Universität außer der hanseatischen Flagge Hamburgs die Reichsflagge gehisst war, dieselben Karnevalisten, die 1848 mit ihrem Schwarz-roten-gold auf den Kartätschen standen. Aber es sollte noch schöner kommen. Nachdem am Vormittag bereits ein Verbot der Schändung der Reichsflagge vor vorübergehenden Arbeitern verhängt worden war, zogen nach Beendigung der Feier Karnevalisten vor die Universität, schnitten die Schnur durch und holten die Fahne wieder herunter, zerissen und beschimpften sie. Der Hauptfeuer wurde von dem Universitäts-Präsidenten festgestellt. Die hamburgische Arbeiterschaft, die die Hambuger Universität erstmals geküßt hat, wird sich diesen Standort nicht gelassen lassen und Rechenschaft fordern. Die hambuger Hochschulbehörde wird dafür sorgen müssen, daß an den reaktionären Studenten für diese Schändtaten Genugtuung geschiehen wird.

## Lehrenbuch über Wirth.

Oldenburg, 15. Nov.

In einer den der Zentrumspartei einvernehmen öffentlichen Reissversammlung sprach gestern abend Reichstanzler a. D. Rittermann über die politische Lage und wußte dabei über die Politik Wirths u. a. folgendes aus: Das Kabinett Wirth ist

wegen seines Erfüllungsprogrammes den schwersten Angriffen angelebt gewesen, obwohl immer betont wurde, daß es sich nur um Erfüllung im Rahmen des Möglichen handeln könne, in erster Linie unter der Voraussetzung einer für Deutschland günstigen Entscheidung über Oberschlesien. Man tut Dr. Wirth kein Unrecht, wenn man seine politische Stellung als etwas läuft getrichtet bezeichnet. Trotzdem ist er ein echter Zentrumsmann, der auf der mittleren Linie des Parteiprogramms sich hält. Die Zeit zur Bildung einer neuen Regierung war so dringend, daß sich keine andere Möglichkeit ergab, als daß Wirth wieder den Kanzlerposten übernahm und ein nicht ausgesprochen parteipolitisches Kabinett zusammensetzte. Bei der Verstärkung unseres Parteivertrages muß die Zusammenarbeit verschiedener Richtungen im Interesse des Vaterlandes erstrebt werden.

## Wie „Röntg“ Rupprecht sein Wort hält.

München, 15. November.

Zu der Herausforderung, die sich Rupprecht Wittelsbach erlaubt hat, schreibt die "Münchener Post": Rupprecht von Wittelsbach nimmt es mit seinen Worten nicht genau. Die Lösung der Beziehungen des bayerischen Volkes zu der Dynastie Wittelsbach hat er schon einmal anerkannt. Als die Entente die Auslieferung der Kriegsverbrecher forderte, und man unter anderen auch Rupprecht nannte, schrieb er an den Landtagspräsidenten, Genossen Schmidt, daß er sich bereit erkläre, vor einem bayerischen Staatsgerichtshof zu erscheinen. In diesem Briefe heißt es wörtlich: "Daher, Herr Präsident, überantworte ich mich hiermit dem bayerischen Landtag als dem einzigen Träger der bayerischen Staatshoheit." In einem Funkspurk an die bayerische Regierung vom 10. November 1918 sagte Rupprecht: "Bayerns Volk und sein Fürstenhaus haben Anspruch darauf, daß über die künftige Staatsform durch eine konstituierende Nationalversammlung entschieden wird, die aus freien und allgemeinen Wahlen hervorgegangen ist." Hierzu schreibt unser Parteiblatt: "Diesem Verlangen ist entsprochen worden, die Nationalversammlung hat Bayern die Staatsform der Republik gegeben und damit die Rechte der Wittelsbacher bestätigt."

## Die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne.

Essen, 15. November.

Die in den Berliner Verhandlungen bewilligte Lohn erhöhung von durchschnittlich 20 Pf. pro Schicht wurde in der geführten Verhandlung der Bezirksarbeitergemeinschaft für den Ruhrbezirk auf die einzelnen Arbeiterkategorien verteilt, wobei eine vollkommene Einigung erzielt wurde. Im einzelnen ergeben sich danach folgende Erhöhungen der Stunde 1 Löhne: Für Überlagsarbeiter: 14 Jahre 0,55 Pf., 15 Jahre 0,85 Pf., 16 Jahre 1,25 Pf., 17 Jahre 1,75 Pf., 18 Jahre 2,45 Pf., 19 Jahre 3,15 Pf., 20 Jahre und darüber 3,70 Pf. Für Untertagearbeiter sind die Schichtlöhne um 10,50 Pf. bei den 16jährigen, 19 Pf. bei den 17jährigen, 19 Pf. bei den 18jährigen, 25 Pf. bei den 19jährigen, 29 Pf. bei den 20jährigen und den älteren Arbeitern erhöht worden. Die Gedinge-Lohn erhöhung beträgt 20 Pf., davon 15 Pf. auf den Grundlohn und 14 Pf. auf das eigentliche Gedinge entfallen sollen. Die Lohnforderung wird heute nachmittag von einer kleinen Kommission ausgearbeitet werden.

## Reichsgerichtsprozeß wegen Verrats militärischer Geheimnisse.

III. Leipzig, 15. November. Vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts unter Vorsitz des Präsidenten Dr. Stöckel begann ein Prozeß wegen verüdeten und vollendeten Verrats militärischer Geheimnisse gegen 11 Angeklagte aus Kiel und zwar gegen den Doberbecker Paul Scheil, Magazin-Anstellter Wilhelm Bartels, Magazin-Anstellter Karl Moritz, Bureau-Anstellter Otto Gries, Polizeisekretär a. D. Wilhelm Baetke, Chefraum Marie Beyer, Maschinist Karl Maß, Lieutenant j. S. a. D. von Berken, Maschinistenmaat Karl Wedder, Feuerwerksleutnant Friedrich König und Versicherungsagent Karl Schollmeyer. Sämtliche Angeklagten haben längere Zeit in Untersuchungshaft gelegen; noch in Halt befinden sich die fünf zuletzt genannten Angeklagten. Wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Staats sicherheit wurde die Öffentlichkeit während der ganzen Dauer der Verhandlung ausgeschlossen.

## Beendigung des Streiks der Gasarbeiter.

Berlin, 1. Nov.

Montagnachmittag haben nun auch die Arbeiter der Gasbetriebsgesellschaft in Mariendorf, die, wie bereits gemeldet, aus Sympathie für die städtischen Arbeiter in den Streik getreten waren, die Arbeit wieder aufgenommen, sodass im Laufe des heutigen Tages wieder in ganz Groß-Berlin mit einer geregelten Gasversorgung gerechnet werden kann.

## Der französisch-türkische Friede.

In der osmanischen Türkei merkt man von der französischen Einfälle, die gegenüber Deutschland immer vorhanden ist, seit langer Zeit nichts mehr. Die mutige Absehung der anatolischen Türken unter der Führung des Generals Mustapha Kemal gegen das Friedensdiktat von Sevres, das die Konstantinopeler Regierung unter Drohung der englischen Kanonen bereits geschluss gehabt hatte, hat jetzt schon zu einem nachhaltigen Erfolg geführt. Als Gerichtsvollzieher der Entente gegen die renitenten Kemalisten wurde Griechenland vorgeschickt. Die Haupttriebkrat war England. Frankreich war davon nicht sehr erfreut, weil es sah, daß es bei der Verteilung der orientalischen Beute zu kurz gekommen war und weil es versuchen wollte, nun wenigstens in der Türkei durch geschickte diplomatische Verhandlungen sich die erste Zulustellung zu sichern. Aus diesem Grunde hat Frankreich den kämpfenden türkischen Truppen alle-

henliche passive Unterstützung gesiehten; während England sich auf die Gegenseite wof und durch die Ausrüstung der griechischen Truppen den türkischen Widerstand rasch zu brechen versuchte. Offen und kurz gesprochen: England und Frankreich haben sich in Kleinasien bekämpft, und sie haben das unter griechischer und türkischer Flagge getan. Der Sieg ist vorläufig bei Frankreich.

Frankreich hat seinem Sieg auf dem Schlachtfelde sofort nach die abschließende diplomatische Aktion zugefügt. Es hat mit der konservativen Regierung einen formellen Frieden geschlossen, worin die türkische Selbständigkeit anerkannt, die Herrschaft über Konstantinopel und über die Meerenge zugestanden und die Unterstützung für die Wiedererlangung des an Griechenland gefallenen thrakischen Gebietes auf dem Balkan durch die Türken zugesagt wird. Außerdem räumt Frankreich Eilizien und gibt den Türken die Bagdadbahn bis Missisin jenseits des Taurus zurück gegen die Ausübung, den letzten Teil der Strecke durch eine französische Verwaltung betreiben zu lassen. Die Hauptfahrt ist aber, daß in dem Abkommen die konservative Regierung von Frankreich anerkannt wird. Es heißt da in der Einleitung: „Die hohen vertraglich bindenden Teile verpflichten sich.“ Dagegen läuft nun England Sturm. In einer Denkschrift der englischen Regierung wird formell Einspruch erhoben gegen dieses Abkommen: England könne nicht zulassen, daß Frankreich den Türken einen Teil des ihm durch Mandat übertragenen Gebietes abtrete, nachdem dieses Gebiet im Jahre 1918 durch englische und arabische Streitkräfte erobert worden sei. Was aus diesem Einspruch sich noch entwickeln wird, ist nicht vorzusehen. Die französische Presse, die offenbar von der Regierung inspiriert ist, leuchtet die Engländer mit ihren Einwendungen recht deutlich heim. Der „Matin“ sagt: „Der englischen Regierung fehlt jeder Ernst.“ Sie ließe sich immer wieder auf Abentener ein, so in Polen, so in Russland, so in der Türkei. Frankreich lebe mit Griechenland in Frieden und es sei nur ein Akt der Unparteilichkeit, für die Frankreich einen Aufstand habe, wenn es auch mit den Türken Frieden schließe. Dabei werben noch einige andere üble Komplimente für die Engländer und für König George eingestreut.

Es wäre sehr verkehrt, anzunehmen, daß der englisch-französische Gegenzug im Orient nun bald Rückwirkungen auf die Einigkeit der beiden Mächte gegenüber Deutschland haben würde. Denn Frankreich sowohl als England verfolgen mit der Anebung und Ruinierung Deutschlands gemeinsame Interessen. Für Frankreich ist Deutschland nach wie vor eine machtpolitische Gefahr und für England eine wirtschafts- und handelspolitische. Frankreich will ein schwaches und zerstülpeltes Deutschland, um seine kontinentale Vorherrschaft zu festigen und England will ein ohnmächtiges Deutschland, das ihm nie wieder auf dem Weltmarkt erhebliche Konkurrenz machen kann.

Wir werden also noch immer damit rechnen müssen, daß die orientalischen Interessendifferenzen zwischen Frankreich und England auf Kosten Deutschlands wieder ausgeglichen werden.

## Tagung des Reichsbeamtenbeirats.

Am 12. und 13. November tagte der Reichsbeamtenbeirat im Sitzungssaal des Parteivorstandes, um zu wichtigen Beamtenfragen Stellung zu nehmen.

Auf der Tagesordnung stand: 1. Der Görlitzer Parteitag und die Beamtenfragen (Referent: Herm. Wagner, Willy Steinkopf). 2. Die Beamtengewerkschaftsbewegung (Referent: Ministerialrat a. D. Falkenberg). 3. Beamtenrechtegesetz und Disziplinarrecht (Referenten: Dr. Boesler und Max Gronefeld). 4. Organisation und Agitation (Referent: Hermann Wagner).

Die Tagung wurde vom Genossen Franz Krüger mit einer kurzen Begrüßungsansprache und einem Hinweis auf die Wichtigkeit der zur Verhandlung stehenden Fragen eröffnet.

Zur Tagung liegen 47 Anträge aus verschiedenen Städten vor.

Einen Bericht über die Tagung lassen wir folgen.

## Die Einschränkung der Devisen-Spekulation.

SPD. Berlin, 14. November.

Die Ankündigung eines Gesetzes über den Verkehr mit Devisen und die neuen Bedingungen der Abrechnungsstelle, wonach die am Devisenverkehr teilnehmenden Firmen ganz bedeutende Einzahlungen leisten müssen, haben zu einer außerordentlich starken Einschränkung der Spekulationen am Devisenmarkt geführt. Infolgedessen fanden heute bedeutende Abgaben an ausländischen Zahlungsmitteln seitens derjenigen Kreise statt, die nicht über die Mittel verfügen, um künftig den Bedingungen der Abgabestelle zu entsprechen. Amtlich wurde notiert: Kabel Neuport 257, London 1010, Holland 8950. Auch im Effektenmarkt trat eine bedeutende Abschwächung ein, die im Zusammenhang steht mit der unklaren politischen Lage und der Erwartung des Devisenmarktes.

## Achtung, Gewerkschaften!

Preisrevolution und Lohnbewegung.

Die Bewegung unter den Berliner städtischen Arbeitern wird hoffentlich, trotz der frivolen Störungsversuche der Kommunisten, zu einem beständigsten Abschluß gebracht werden und ohne schwere Schädigung der allgemeinen Arbeiterschaft ablaufen. Bedauerlich bleibt immerhin, daß ein Teil der Arbeiterschaft einsichtslos genug war, in die Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft und dem Magistrat mit einer wilden Streikaktion einzufahren und die Bevölkerung überflüssig zu alarmieren. Solche Methoden haben zuwege gebracht, daß Berlin jetzt eine bürgerliche Stadtverordnetenmeiheit hat, was natürlich — da eine sozialistische Mehrheit für Arbeiterwünsche ein viel weitergehendes Verständnis besitzt — eine Verschlechterung der Lage der städtischen Arbeiter bedeutet.

Durch die ganze Arbeiterwelt zittert die Erregung über den Verlust des Privatkapitals, die Reichsseidenbahnen in den Händen zu bringen. Zur Verleidigung der gemeinschaftlichen Betriebe gegen den Angriff des Kapitalismus ist alles bereit. Nur soll man sich dabei klar darüber sein, daß die entscheidende Verteidigungsschlacht nicht auf politi-

schem Felde, sondern in den gemeinschaftlichen Betrieben selbst geschlagen werden wird. Auf die Lauer wird es nur dann gelingen, diese Betriebe in der Hand der Allgemeinität zu erhalten, wenn sie sich unter ihrer Obhut gedeihlich entwickeln. In Rußland führt der Kommunismus in dialektischem Umstieg zum kapitalistischen Kapitalismus. Die kommunistischen Störer und Zerstörer der gemeinschaftlichen Betriebe in Deutschland sind auch hier der kräftigste Vorspann kapitalistischer Machtwünsche.

Mit ihnen beiden vereinigt sich aber ein dritter Faktor, der in der gleichen Richtung wirkt, und das ist die allgemeine Preisrevolution, die durch den Sturz unserer Währung abermals ein bedrohliches Tempo eingeschlagen hat. Man mag wilde Streiks noch so scharf verurteilen, darüber darf man doch nicht übersehen, daß die gegenwärtige Wirtschaftslage den besten Nährboden für sie abgibt. In der Welt der Neuen Freiheit, die vor der Hand in den Mund leben, herrscht die allerfalschste Beunruhigung; bei gleichbleibenden oder gestiegenen Lebensausgaben fehren die Frauen jeden Tag mit leerem Körbchen von ihren Einkäufen zurück. Dabei ist die Industrie — glücklicherweise immer noch — in vollem Gange; der Reichsverband der Industrie bestätigt, daß es auf manchen Gebieten an Arbeitskräften fehlt.

Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, wenn einzelne Arbeiterkategorien finden, daß die gewerkschaftliche Maschinerie zu langsam arbeitet und wenn sie über diese hinweg den Versuch wagen, ihre Löhne mit den gestiegenen Kosten der Lebenshaltung wieder einigermaßen in Einklang zu bringen. Solchen Arbeiterkategorien können sich dann die kommunistischen Anstifter wilder Streiks sehr leicht in der Masse des Wohlstandes nähern. Aber eine schwere Schädigung der Gewerkschaften und damit der allgemeinen Arbeitersoziale wird die Folge sein.

Wer neue heftige Erschütterungen von unserem wirtschaftlichen und politischen Leben fernhalten will, der muß heute dafür eintreten, daß die einfach unvermeidlichen Lohnregulierungen rasch und gleichmäßig durchgeführt werden. Die Einwände, die gegen eine solche allgemeine Lohnhöhung erhoben werden, sind uns bekannt, und wir würdigen sie. Es ist ganz richtig, daß mit dieser Lohnhöhung auch die Notwendigkeit eintritt, neue Papiergeldmassen in Umlauf zu bringen, was die unweigerliche Folge hat, daß der Wert der Mark abermals sinkt und daß errungene Lohnausbesserungen zu irgend einem näheren oder späteren Zeitpunkt von der allgemeinen Preisbewegung überholt werden. Es ist ein fehlerhafter Kreislauf, in dem wir uns befinden, aber wir können uns aus ihm nicht durch einen Verzweiflungssprung retten. Der verzweifelte Entschluß, Löhne und Gehälter auf alter Höhe zu belassen, um einer weiteren Geldentwertung vorzubeugen, würde auf der anderen Seite andere verzweifelte Entschlüsse zur Folge haben. Die Erhöhung der Einkommen ist für Millionen heute eine nackte Existenzfrage der nächsten Monate, und kein noch so gekehrter volkswirtschaftlicher Erfurts über Währungsfragen wird die hungrigen Mägen beruhigen.

Worum es sich handelt, ist dieses: Das als notwendig Erkannte in möglichst vernünftiger Weise, ohne Verwirrung und wilde Kämpfe durchzuführen. Hier erwächst den Gewerkschaften wie der Regierung eine große, verantwortungsvolle Aufgabe, an die sie, unter Zurückstellung aller Bedenken, herantreten müssen. Wenn die „Freiheit“ fürzlich in einem beachtenswerten Leitausschau eine größere Beweglichkeit der Lohntarife verlangt, die eine Anpassung der gestiegenen Kosten der Lebenshaltung gestattet, so können wir uns dieser Forderung nur anschließen. Ebenso verdienen alle Bestrebungen, den Gedanken der gleitenden Löhne und Gehälter zu verwirklichen, wie sie neuerdings von den Beamtenorganisationen wieder aufgenommen worden sind, ernste Beachtung.

Bei aller Vorsicht gegen leere Projektentwürfe scheint uns doch der Gedanke erwähnenswert, allen Lohn- und Gehaltstarifen statt der unkontrollierbaren Marktwährung Rechnungseinheiten zugrunde zu legen, deren ziffernmäßige Bewertung der Mark jeweils bestimmt wird. Über welche Form immer gefunden werden möge, Ziel bleibt doch, zu verhindern, daß jede neue Welle der Geldentwertung eine verwirrende Menge von Einzelfämpfen auslöst, bei denen dann die Schwächeren, Wehrlosen am sichersten unterliegen, und bei denen sich auch unkontrollierbare Einflüsse geltend machen, hinter denen eine ernste Absicht, den Bedürftigen zu helfen, nicht zu vermuten ist. Es handelt sich also darum, möglichst rasch und nach möglichst einheitlichen Gesichtspunkten eine Anpassung der Geldentwertungen an die gestiegenen Preise einzutreten zu lassen, um auf diese Weise vermeidbare Erschütterungen zu vermeiden, unvermeidbare aber so zu gestalten, daß katastrophale Folgen vermieden werden.

Soll die leider unvermeidliche Folge der Lohnhöhung — die Preiserhöhungen — wenigstens einigermaßen abgebremst und aus das Notwendige beschränkt werden, dann muß man zugleich den Warenmärkte mit größter Energie entgegenwirken. In dem Maße, in dem das System der Zwangswirtschaft und der Höchstpreissfestsetzung abgebaut wurde, müßten sich und müssen sich die im Inland erzeugten Warenvorräte dem Weltmarkt preis nähern, der für die ausländischen sowie bezahlt werden muß. Den Warenpreis steigt dann nicht nur in dem Maße, in dem der Wert unseres Geldes sinkt, sondern noch darüber hinaus.

Das sind Konsequenzen, an die man nur mit Grauen denken kann. Sie werden desto prompter eintreten, ein je freierer Spielraum einer gewissenlosen Spekulation zugeschenkt wird, die nichts kennt als ihren Gewinn, möchte auch das ganze Volk darüber zugrunde gehen. Solange es freilich nicht gelingt, die gesamte Wirtschaft auf neue Grundlagen zu stellen, solange sie vom kapitalistischen Gewinnstreben beherrscht ist, wird Wucher immer ein dehnbarer Begriff sein und die Waffen der Wucherbekämpfung werden rottig bleiben. Immerhin bleibt die Möglichkeit, großen Ausschreitungen entgegenzutreten, sie wird von der Verwaltung und den Gerichten gewissenhaft wahrgenommen werden müssen.

Es wäre schlimm, wenn in den notleidenden Massen das Gefühl austäme, daß sie von Gott und der Welt verlassen seien. Kopslose Aktionen, die zu keinem Ziel führen und nur Opfer kosten, sind noch lange nicht das Vergste. Das Vergste ist ein Ermatzen und Erschaffen, ein resigniertes Schenken und Geschehenlassen, ein Gleichgültigwerden gegenüber allen öffentlichen Interessen, eine Hoffnungslosigkeit der Allgemeinheit. Das nämlich und nicht die sozialistische „Diktatur des Proletariats“ ist es, was drohend am Ende steht — nicht die Diktatur des Proletariats sondern

die Diktatur des schmugeligen Kapitalismus über ein hoffnungslos niedergehendes Volk.

Ein solches Ende liegt nicht im Interesse des Staates, der Gewerkschaften, der Sozialdemokratischen Partei. Es gilt jetzt, sich zu regen und zu bewegen, um kapitalistischen Erschütterungen zuvorzukommen und den schleichlichen Eintritt der Starre zu verhindern.

## 3. Die Wirtschaft.

Deutschlands Fleischversorgung.

Wie weit die Volksnahrung in Deutschland im Vergleich zur Vorriegszeit noch zurückgeblieben ist, lehrt ein Blick auf die Ergebnisse der Schlachtungstatistik. Nach den Angaben über den Verkehr auf den deutschen Schlachthöfen könnte man annehmen, daß die Fleischversorgung Deutschlands sich wieder eingerahmt normal gefaßt, denn die Anteilsziffern weisen für den Monat August eine wesentliche Steigerung und für September nur eine ganz leichte Abschwächung auf, die sich aus der geringeren Zahl der Markttage erklären läßt. Tatsächlich ist die Sachlage jedoch nicht so günstig. Nach den Feststellungen der Reichsfleischstelle und des Reichsgesundheitsamtes beträgt zurzeit das Durchschnittsgewicht eines Kindes nur etwa 155 Kilogramm (gegen 230 Kg. in der Vorriegszeit), eines Kalbes 31 Kilogramm (gegen 40 Kg.), eines Schweins 75 Kilogramm (gegen 85 Kg.) und eines Schafes 17 Kilogramm (gegen 22 Kg.). Unter Berücksichtigung dieser Durchschnittsgewichte kommt man auf Grund der beschäftigten Schlachtungen zu folgendem Ergebnis:

	1. Halbjahr	1921 gegenüber	
	1921	1913	1913 weniger
Kinder . . . .	1 730 000 dz	3 960 000 dz	2 170 000 dz
Kälber . . . .	450 000 "	800 000 "	350 000 "
Schweine . . . .	2 240 000 "	6 740 000 "	4 500 000 "
Schafe . . . .	100 000 "	190 000 "	90 000 "
		zusammen 4 580 000 dz	11 690 000 dz
			7 110 000 dz

Nach dieser vom Statistischen Reichsamt aufgestellten Berechnung ist die gesamte Fleischmenge aus den im ersten Halbjahr 1921 erfolgten beschäftigten Schlachtungen von Kindern, Kälbern, Schweinen und Schafen um 80 v. H. kleiner als die im gleichen Zeitraum des Jahres 1913 war. Michin erreicht der jetzige Verbrauch nur knapp zwei Fünftel der Vorriegszeit. Im dritten Quartal 1921 gestaltete sich nach der Stückzahl der Viehzüchtung auf den 36 bedeutendsten deutschen Schlachthöfen folgendermaßen:

	Kinder	Kälber	Schafe	Schweine
Juli . . . .	102 418	89 553	97 879	142 989
August . . . .	166 272	114 612	118 807	173 186
September . . . .	156 834	92 067	141 305	169 852

Die recht bemerkenswerte Zunahme des Auftriebs im August und September erklärt sich aus der ungünstigen Lage des Futtermittelmarktes, sie ist also durchaus kein günstiges Symptom. Diekehrseite dieser Erscheinung wird der deutsche Verbraucher erst im kommenden Winter und Frühjahr klar erkennen können, wenn der unvermeidliche Fleischmangel sich bemerkbar macht.

## Blehmärkte.

Hamburg, 15. November.

Schlachtmärkte der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein am Hamburger Schlachtmärkten.

Kälbermarkt.

Es wurde gezahlt für 50 Kg. Lebendgewicht: Doppellender 1450—1600 Mt., I. Qualität Kälber 1250—1350 Mt., II. Qualität 900—1200 Mt., III. Qualität 750—900 Mt. Rüchterne 550—750 Mt. Zufuhr: 1559 Kälber. Der Handel verlief unverändert. Durch die Landw.-Kammer wurden 95 Kälber verkauft.

Schweinemarkt.

Es wurde gezahlt für 50 Kg. Lebendgewicht: Beste schwere reine, über 260 Pfund 1700—1800 Mt. mittelschwere Ware, 200 bis 260 Pf. 1600—1700 Mt. gute leichte Ware unter 200 Pf. 1500—1600 Mt. geringere Ware 1200—1400 Mt. beste Sauen 1500—1600 Mt. geringere Sauen 1200—1400 Mt. Zufuhr: 1198 Schweine. Der Handel verlief rege, beste Ware lebhaft. Durch die Landw.-Kammer wurden 280 Schweine verkauft.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 17. November.

	15. Nov.	14. Nov.
Amsterdam	100 fl.	9140.95
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1828.15
Kristiania	100 Kr.	3721.25
Kopenhagen	100 Kr.	4820.15
Stockholm	100 Kr.	6052.90
Helsingfors	100 finn. Mk.	507.45
Rom	100 Lire	1058.90
London	1 £	1087.95
New York	1 Doll.	260.75
Paris	100 Frs.	1893.10
Zürich	100 Frs.	4985.05
Madrid	100 Pesetas	3511.45
Wien	100 K.	9.15
Budapest	100 K.	24.97
Prag	100 K.	278.70

## Schiffssverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer Segler Schiffssname Kapitän Heftunsort Fahrzeit Tage St.

## Baugewerkschule Lübeck.

Zu einer anfänglich des 25-jährigen Bestehens der Schule stattfindenden

**Schulfest**  
in der Aula des Johanneums  
am Freitag, dem 18. November,  
mittags 12 Uhr,

werden die früheren Schüler mit ihren Angehörigen, die Freunde der Schule und die Angehörigen der jetzigen Schülerschaft hiermit höflichst eingeladen.

Der Direktor.  
J. V. Prof. Dipl.-Ing. Mahr.

## Nachruf.

Am 18. November d. J. entschlief der Oberlotse

## Johannes Moll.

Seit dem Jahre 1908 gehörte er zur Lotsenmannschaft Dresdens und hat seines oft gefährlichen und verantwortungsvollen Berufes mit unermüdlicher Pflichttreue gewaltet. Wir werden seiner stets in Ehren gedenken.

Lübeck, den 15. November 1921.

## Die Baubehörde.

Am Montag, dem 14. Nov. verschied nach langer schwerer Krankheit unser geschätzter Vater, Schwiegervater und Großvater, der Klempner

## Heinrich Rönnfeldt

im Alter von 56 Jahren. Dies bestätigt von seinen Kindern.

Ewald Loof u. Frau Meta geb. Rönnfeldt Heinrich Rönnfeldt  
Käthe Rönnfeldt geb. Brügelmann E. Bodenbien und Enkelin Annemarie.

Beerdigung Freitag, den 18. Nov., nachm. 8 Uhr, von der Stadtkirche Friedhofskirche aus.

Edelhoch und unerwartet verschied unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater

## Wilhelm Prüßmann

im 55. Lebensjahr. Dies bestätigt von den Söhnen.

Mönchhof u. Stadtgasse den 17. Nov. 1921. Trauerfeier: Montag, den 21. d. Monats, nachm. 8.30 Uhr, Kapelle Vorwerk.

Am 13. d. Monats, nachr. unter treuer Mitglieks, Herr

## Johannes Schoel.

Gere (9112) seinem Kunden!

## Seigensatz Lübeck.

Bank Schönfaden.

Dentisher Metallarbeiter-Verband  
Festlichkeit 1921.

Am 14. November nachr. unter Stofflage, der Klempner (9114)

## Heinrich Rönnfeldt.

Gere (9114) seinem Kunden!

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 17. d. Monats, nachm. 8 Uhr, auf dem Friedhofskirche Friedhof statt.

Bestatt. 52.  
E. Schröder.

Gabe einen großen  
Gehalt.

## pa. Innenleiste Ochsenbaden

verkauf  
per Pfund Mk. 9.—  
Verkauf solange der Vor-  
reicht täglich  
Markthalle Stand 34.  
9127 Paul Boldt.



Freitag und Sonnabend:

Selten junges fettes

## Rossfleisch

ff. ger. Mettwurst,  
Gefüchte u. Leberwurst

## Fr. Kollmann,

Reiserstraße 8.

## Unfertigung feiner Herren- Garderoben

Garantie guter Stoff, gute  
Verarbeitung. Solide  
Preise. Cort. Stofflager.  
**G. Ahlers.** (9124)  
Friedenstraße 78.

## Der Puppendoktor

heilt jede kranke Puppe.

9112 F. Herold, Kästn. 74.

## Alle

## Arbeitel

Kaufen gern und gut  
ihre Arbeitkleidung  
bei (9111)

## Otto Albers

Markt 4 Kohlm. 10

## Cimerbier.

Freitag von 4—6 Uhr.

9124 Brauerei Stamer

## Möbel

gerettet, späte, Schlaf-  
zimmer, Küchen.

## Boldt Möbellager

Fischergrube 23/27.

## Kaufe

Metalle, Eisen,

Papier, Flaschen,

Stuhlhäute,

sämtliche Felle.

Erdmann. (9121)

Glockengießerei 61.

## Vertaut am Wahl-

tag im Reit. Bodenbien-  
ein Herrenpalast. (9126)

Umzugsausfahrt Baselstr.

## Stannen erregend

find die Breite.

die ich zahle für:

## Kupfer.

Messing.

## Blei.

## Zink.

## sämtliche Felle

und Tierhaare.

Was überzeugt Sie vor  
der Kaufabgabe?

Bei Verkauf u. Wiederver-  
käufe Ausdruck ausfüllen

## Leiden Sie?

an Flecken, Rauten-

schlag, Haftstücke, Flek-

ken, Funken, Schorf,

Kräfte usw., dann ge-

brauchen Sie Dr. Ter-

rath's Heilsalbe. Er-

folgt überraschend.

Stück 650 Mark. Zu

haben in den Apotheken

und Drogerien.

Drogerie Aug. Prisch.

Mühlenstr. 1.

Theater-Drogerie.

Breite Straße 15.

Mari-Drogerie, Mari-

straße 42.

St. Lorenz-Drogerie.

Unterstraße 1.

August-Drogerie Thiel-

9120 Jahr, Schloßstr.

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9120

9



ist, geht aus einer sachmännischen Zuschrift an die "Leipziger Volkszeitung" hervor. Der Margarineverband ist eine Kriegsgründung, die am 12. Juni d. Js. durch Umgründung ein anderes Gewand erhalten hat. Die im Margarineverband vereinigte Produktion wird zu 70 bis 75 Prozent durch die englisch-holländischen Konzerne Jürgens u. Brinzen, Koch und von den Bergk (Klever) kontrolliert. Der Konzern von den Bergk Limited (London) hat nach Mitteilungen in der Presse im vergangenen Geschäftsjahr eine Dividende von 100 Prozent verteilt. Zum Konzern von den Bergk gehören in Deutschland von den Bergk Margarinegesellschaft (Klever), Margarinewerke Berlin (Berlin), Wagnleitze, Müller & Co. (Klever), Vereinigte Wiener Margarine- und Butterfabriken (Klever), Delmenhorster Margarinewerke, Hermann Petersen (Delmenhorst), Margarinefabrik von Rossmann (Gnevezich), Frankfurter Margarinegesellschaft A.G. (Frankfurt a. M.), Eick U.G. (Mannheim) u. a. Zum Konzern Jürgens & Brinzen, Koch & Co. (Altona), Koch & Witt (Altona), U. P. Mohr G. m. b. H. (Altona-Bahrenfeld), Kunerolwerke (Bremen), Van C. Ahrens (Krefeld), Jürgens & Brinzen, Koch, H. Schmitz & Co. (Hamburg), Neuer Margarineverke (Neukölln), Kaiserswerke (Neukölln) u. a.

Die Kontrolle der Margarinefabrikation durch Regierungsorgane und Konsumentenvertreter wird festzustellen haben, inwiefern die ungewöhnliche Preiserhöhung der Margarine durch übermäßige Gewinne mit beeinflusst wird.

## Marginalistische Schundliteratur.

Es ist nicht uninteressant, die Unzeigenseiten der bürgerlichen Presse zu verfolgen. Über vieles, was im redaktionellen Teil enthalten ist, erhält der kritische Beobachter dann Aufklärung. Für die Beweisung gewisser Vorgänge im öffentlichen Leben kann es von Nutzen sein zu wissen, daß beispielsweise Hugo Stinnes jüngerer Sohne seine perfekten Köchinnen und Hausmädchen im Anzeigenteil der "Hamburger Warte" sucht. Das hat gewiß keinerlei Bedeutung. Im "Hamburger Fremdenbl." ist jetzt folgendes Anzeigt zu lesen:

### Schriftsteller!

Wer schreibt in fröhlich erzählender Form zugkräftig und verheißungsvoll bestellte, sensationelle, exot. auch phantastische für Massenabzüge bestimmte Romane-Bücher in national-optimistischer Sinne über patriotische, politische, militärische, maritime, technische usw. Themen, insbes. Zukunft- und Entwicklungsmöglichkeiten, Antifranzösisches u. dergl.? Umfang 30—50 000 Silben. Inhalt muß vollständig und sehr spannend sein. Positive Angebote mit Angabe der Lieferfrist, Honorarforderung sowie mit Angabe der Lieferfrist,

Es besteht also in Deutschland noch ein Manövra am nationalistischen Schundliteratur. Das Volk soll mit allen Mitteln in eine militärisch-alldtümliche Stimmung versetzt und dann vor den Kästen der National-Optimisten gespannt werden. Die alte Züge des "Erbfeindes" halten diese Leute für ebenso zugkräftig wie der sensationellen oder phantastischen Hinterziehern-Romanen in Fortsetzungen und sie wollen diesem fühlbaren Mangel abheben. Berechnend für die Hintermänner dieses reaktionären Treibens ist es, daß sie es überhaupt bei der Not des Schriftstellertums thut haben, den Weg der öffentlichen Anzeigen einzuschlagen. Schriftsteller im wahren Sinne des Wortes werden sich auch für derartige Schmuckereien kaum finden. Der Offentlichkeit kann eine Bekanntmachung des "nationalen" Romans nur recht sein. Sie wird sich dann rechtzeitig auf die Bekämpfung auch dieser Schundliteratur einstellen können.

## Die Verfeuerung der Postgebühren.

Die neuen Posttarife der Reichspost werden vorläufig erst am 1. Januar 1922 in Kraft treten, da die Vorlage dem Reichstag erst in der nächsten Woche zugehen kann und der Reichstag erst am 6. Dezember wieder zusammentritt. Die Tarife sollen in Zukunft alle vier Jahre geprüft werden, um die Notwendigkeit weiterer Erhöhungen festzustellen. Die Tarifsätze werden ungethüllt veröffentlicht werden. Nach der neuen Vorlage betrifft die Gebühr für die Postkarte im Ortsverkehr 60 Pf., im Fernverkehr 100 Pf., der Brief im Ortsverkehr bis 20 Gramm 100 Pf., bis 250 Gramm 150 Pf., im Fernverkehr bis 20 Gramm 150 Pf., bis 100 Gramm 225 Pf., bis 250 Gramm 250 Pf., für Zusatzsendungen bis 50 Gramm 40 Pf., bis 100 Gramm 75 Pf., bis 250 Gramm 150 Pf. usw. Das Paket bis 1 Kilogramm soll fünftzig 4 Pf. kosten. Postanweisungen bis 100 Pf. kosten 150 Pf., bis 250 Pf. 225 Pf. usw. Bis 5 M. Diese überzähligende Großkunst, die noch der Zustimmung des Reichstags bedarf, die von der Reichsregierung bereits beschlossen ist, wird mit der durch die steigende Teuerung einzuhaltenden notwendig gewordenen beträchtlichen Erhöhung der

Beamtenbezahlung, der Löhne der Angestellten und Arbeiter und der jährlichen Kosten begründet, die eine Mehrausgabe der Postverwaltung von jährlich dreidreiviertel Milliarden Mark notwendig machen.

**Gehaltsänderungen im Postfrachtfürderverkehr nach den Vereinigten Staaten von Amerika.** Am 15. November traten folgende neuen Gebührensätze für Postfrachtfürde nach den Vereinigten Staaten von Amerika ab Bremen oder Hamburg in Kraft: bis 2 Kilo 82 M., bis 3 Kilo 94 M., bis 4 Kilo 106 M., bis 5 Kilo 118 M., bis 10 Kilo 178 M.

**Gebührenzurichtung für Postfrachtfürde nach dem Ausland** sind jetzt für 100 der fremden Währung nach Belgien 2782 M., Dänemark 5792 M., Deutschland 9, England 125 000, Frankreich 2462, Griechenland 1400, Japan 15 282, Luxemburg 2668, Mexiko 21 637, Niederlande 14 014, Norwegen 4537, Schweden 7267, Schweiz 5918, Spanien 4949, Tschechoslowakei 936, Ungarn 25 Mark.

**Achtung, Schnämmacher!** Ab 14. November 1921 beträgt die Zulassungsteuer auf den Grundlohn des Tarifvertrages 60 Proz. Die Mindest-Stundenlohn betragen für männliche Gehilfen über 20 Jahre 8.08 M., für weibliche über 20 Jahre 6.24 M., für männliche unter 20 Jahre 8.08 M., für weibliche unter 20 Jahre 5.60 M. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind verpflichtet, für die Durchführung dieser Abmachungen Sorge zu tragen und Zuiderhandlungen bei dem Unterzeichneten zu melden.

**Centralverband der Schuhmacher (Zahlstelle 886).**

**Die Ortsverwaltung.**

**Achtung! Ausstehende Sammelstellen für die Ruhlandhilfe bitten wir umgehend einzufinden.**

**Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.**

**Chr. Thies, Kassierer.**

**Neue Siegelmarken der Deutschen Gewerbeschau.** Der ersten vielbegehrten Siegelmarken-Reihe der Deutschen Gewerbeschau München 1922 hat der Werbeausschuß der Ausstellung eine zweite folgen lassen. Das Markenbild zeigt diesmal die „Drei Könige“ des mit dem ersten Preis ausgezeichneten Ausstellungspalastes von Max Echle. Das einprägsame Sinnbild der wirkenden Kräfte der Gewerbeschau: „Erfinder, Künstler, Arbeiter“ kommt auch in kleiner Wiederauflage zu eindrucksvoller Geltung. Die kostengünstige Abgabe und Verwendung der Siegelmarken an Körperschaften, Firmen mit regem Postverkehr, zum kleinen Teil auch an Privatpersonen soll diese gegen Entstaltung der Postkäufe erfolgt durch die Geschäftsstelle der Deutschen Gewerbeschau München 1922, Theresienhöhe 4a.

**Zustände beim Finanzamt.** Das hiesige Finanzamt scheint eine Unterfunktionsstelle für Feinde der Republik werden zu wollen. So wurde der frühere Bürgermeister Moß aus Kosten angestellt, der sich beim Kapo-Büro hervorragend betätigte. Es wurde fast gegen ihn ein Dissidentenverfahren eröffnet, das aber ergebnislos verließ, d. h. Herr Moß wurde freigesprochen. Ein Teil der Kölner Stadtordnungen wollte mit diesem Bürgermeister nicht weiter zusammenarbeiten, weshalb der Herr mit 100 000 Mark abgefunden wurde. Nun hat er hier einen aufgezahlten Posten gefunden. Gleichzeitig lieben soll aufgenommen wurden beim Finanzamt die beiden hiesigen Wahlmeister der Sicherheitspolizei, die sich für Kapo und Kompanie einsetzen und deshalb entlassen worden waren. Besonders ist, daß noch zwei Angestellte wegen Mangels an Arbeit entlassen werden müssen. Es könnte nichts schaden, wenn der Reichsfinanzminister, Herr Herres, sich einmal genauer über diese Art Anstellung beim hiesigen Finanzamt erkundigen würde.

**Ein schlagender Wahlmeister.** Von Polizeiamt wird uns geschrieben: Zu der am 14. ds. Ms. im Volkshaus eröffneten Feste: „Ein so kostbarer Wahlmeister“ wird mitgeteilt, daß die der Redaktion des Volksboten gemachten Angaben der Tatsachen widersprechend sind. Der Vorfall hat sich folgendermaßen zugetragen: Am 11. ds. Ms. um 10.30 Uhr abends, marschierte ein Zug von ca. 50 Personen, durch die Bonnmeile kommend, die Holstenstraße hinunter. Ein dort auf Posten befindlicher Polizeiwachtmeister forderte die Leute auf, das Sagen, während ruhigstes Lärm herunterklang, zu unterlassen. Nachdem dieser Aufruhr erstaunlich nachzuhören war, rief ein ziemlich am Ende morosierender junger Mann: „Die Internationale Freiheitjungend lebt hoch!“ Sämtliche Teilnehmer des Juves stimmen in den Ruf ein und nun läuft der Wachtmeister zur Sicherung des Käfigs. Die übrigen Teilnehmer folgten aber sofort dem Wachtmeister und versuchten die Sicherung zu verhindern. Als der Wachtmeister auf dem Platz und im Ennen Kreuzbogen immer stärker bedrängt wurde, kam ein anderer Polizeiwachtmeister hinzu, der den Sicherungen übernahm und am Wache läuft. Der zuerst erwähnte Wachtmeister und ein Kriminalbeamter rasteten die Menge, die der fortgesetzten Auflösung

zur Hälfte lebten, nicht nachsam, nun zurückhalten. Der Kriminalbeamter, der wurde aber umgangen und erhielt einen Schlag gegen den Kopf. Er wurde von dem Polizeiwachtmeister betreut, wobei ein Teilnehmer einen Schlag mit der flachen Schultecklinge erhielt. Eine Untersuchung über die Angelegenheit ist eingeleitet. — Von verschiedenen Seiten wird unsere Darstellung bestätigt. Wir möchten Ihnen möchten wir fragen, ob denn etwas dabei ist, wenn in einer großartigen Wahlversammlung einmal die Begeisterung sich in einem kleinen Singsang überstürzt.

**Blindenfürsorge.** In der letzten Zeit werden in der Stadt und in den Vorstädten Flugblätter des Vereins zur Durchführung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit der Blinden in Berlin vertreten. Der Verein teilt in diesen Flugblättern mit, daß demnächst ein Verkauf von durch Blinde hergestellte Waren von Haus zu Haus stattfinden werde und bittet unter Hinweis auf den guten Zweck die Unterstützung der Blinden durch zahlreiche Anzüge. Aus dem Aufruf geht nicht hervor, ob es sich bei der Förderung des Unternehmens um die Unterstützung von Lübecker oder auswärtigen Blinden handelt. So sehr ist sich jede Bestrebung zur Förderung der Erwerbsfürsorge für Blinde unterstützt werden muss, so darf doch nicht unterschlagen werden, darauf hinzuweisen, daß es sich bei dem gegenwärtigen Verkauf lediglich um eine Unterstützung auswärtiger Blinder handelt. Es sind aber auch in Süßsack zahlreiche erwerbstätige Blinde, die mit großer Mühe ihren Lebensunterhalt durch eigene Arbeit zu bestreiten suchen. Ihre Förderung dürfte in erster Linie Aufgabe der Lübecker Bevölkerung sein. Die Lübecker Blindenfürsorge hat im Hause Beckergrube 8 seit längerer Zeit eine Blindenbeschäftigung eingerichtet, die sich die Förderung der Erwerbstätigkeit der Blinden in jeder Weise zur Aufgabe macht. Die Verkaufsstelle der Blindenbeschäftigung, in der Bürsten, Korbfabriken, Wäscheleinen usw. zu haben sind, ist werktäglich von 9—1 und 9—6 Uhr geöffnet. Es werden dort auch Aufträge auf Auslieferung von Bürsten, Besen, Strohmatte und Körben jeder Art entgegengenommen und für sorgfältige Ausführung der Aufträge Sorge getragen. Weitgehende Förderung dieser Blindenbeschäftigung durch den Verkauf von Waren ist im Interesse der Blinden, denen es in der gegenwärtigen Zeit besonders schwer fällt, für ihren Lebensunterhalt ausreichend zu verdienen, dringend zu bestimmen.

**Von der Schifffahrt.** Amerikanische Reedereien im Verkehr mit Rätekußland. Wie aus Lettland gemeldet wird, soll eine größere amerikanische Schifffahrts-Gesellschaft Verhandlungen über den Verkehr von 10 bis 13 Dampfern der Gesellschaft unter lettischer Flagge und mit lettischen Seelen eingesetzt haben. Die Dampfer sollen den Warenverkehr zwischen Amerika und Rätekußland dienen. — Ein weiteres Unternehmen ist von Seiten eines amerikanischen Finanzmannes in Rowno gegründet worden. Das Grundkapital soll 300 000 Dollars betragen, das in Amerika aufgebracht ist. Die Gesellschaft hat in England 6 Schiffe gechartert, die den Verkehr zwischen den russischen Ostseehäfen aufnehmen sollen. — Neue Dampferlinie Hamburg-China-Japan. Die Hamburg-Amerikanische Linie und der Norddeutsche Lloyd eröffnen einen regelmäßigen Fracht- und Passagierverkehr mit Dampfern der Ellermann u. Buckwald Steamship Co. Ltd. von Hamburg nach Singapur, Hongkong, Shanghai, Kobe und Notschima. Als erstes Schiff wird am 4. Januar n. J. der Passagierdampfer „City of Simla“ von Hamburg abgehen. Diesem wird im Februar der Dampfer „City of Calcutta“ folgen. — Ein deutscher Dampfer gesunken, der Kapitän und sechs Männer ertrunken. Der deutsche Dampfer „Eggo“ ist in schwerem Sturm zwischen Ceylon und Hongkong gesunken. Es gelang einem Bergungsdampfer das Schiff abzubringen, um es nach Ceylon zu schleppen, wo es zerstört werden sollte. Auf der Höhe ist der Dampfer jedoch gesunken. Von der aus 14 Mann bestehenden Besatzung konnten leider nur 7 Mann gerettet werden. Der Kapitän und 6 Männer haben den Tod durch Ertrinken gefunden. — Gestrandet und gesunken. Das Motororschiff „Hand“, von Gothenburg mit einer Ladung Eisenerz nach Hamburg, hat in dem schweren Sturm auf der Ostsee das Großsegel verloren und verschiedene andere Schäden erlitten. Es mußte Anhalt als Notfeste anlaufen. In diesem Hafen ist das Schiff gestrandet und nach kurzer Zeit gesunken. Die aus 4 Mann bestehende Besatzung ist gerettet.

## Hinweis auf Versammlungen, Theater usw.

**Achtung, Anwohner!** Heute Donnerstag, abends 1/2 Uhr, „Zur alten Post“ Mitgliederversammlung. Tagordnung: 1. Monatsprogramm; 2. Ergänzungswahl; 3. Verschiedenes. Zahlreiches Ereignis erwartet. Der Arbeitsausschuss.

**Sinfoniekonzert.** Für das nächste Sinfoniekonzert ist Frederic Raymond gewonnen. Der hochbedeutende Pianist wird das C-dur-

## Die Versteigerung.\*

Von L. De Nora.

Die Börse war geschlossen. Viele der Besucher waren im Begriff, die Halle zu verlassen. Mit der Eide des rollenden Gelbes, des Schrecks, des Wind verkleppit, des Raben, der vom Himmel fliegt. Da stieg Roderich auf einen der Ausstellungstische. Er hielt ein Blatt in der Hand, das zusammengefaltete Stück einer Zeitung.

„Freude!“ rief er, „Menschen! Noch einen Moment!“ Die vorüberfließenden sahen ihn verwundert an, einige verwundert.

„Du besiegst dieses Blatt,“ rief er weiter, „ich besiege dieses Blatt.“

„Was für ein Blatt?“ horchten ein paar Fernsehende auf. „Ein Kurzblatt?“

Dieses Blatt enthält die wichtigste Nachricht der Welt, eine Nachricht von so ungeheurem Wert, daß man sie bezügt, umhendende ist, die Erde aus den Angeln zu heben!“

„Ein Verräuber! Die Polizei will ihn grausam töten!“

„Was soll die Polizei? Wenn er verrückt ist, fragt er nichts nach dem Polizei.“

„Diese Nachricht kann jeden vor euch zum Milliardär machen! Sie kann unglaubliche Reichtümer über ihn ausrichten! Sie ist die Quelle des ganzen zukünftigen Glücks der Menschheit!“

„Sag gefällig! Dumm ist er nicht. Milliardär kann einer werden!“

„Was für eine Nachricht wird es sein? Das Angland friest nicht.“

„Eine unerhörte Mitteilung ist es, die ich hier bringe...“

„Schall!“

„Und zum hier anbieben...“

„Gib sie her!“

„Sie jeder von euch haben müßte! Aber nur einer soll sie haben!“

„Warum nimmt er sie nicht selbst?“

„Sie wird bald sein!“

Um die Zunge Roderichs begann die Flut um ein wenig zu rasen, kräuselte sich, wurde zum Ring. Seine helle höhne Stimme sang die einzigartige Übersetzung über die Menschen, die schon den Aussagen handen, singten und wandten den Kopf.

„Ich ziehe ja dem einen an, der sie ernst ist. Um welchen Preis ist sie gerechnet? Um vergleichbare jeden Cent. Der Preis ist für die ganze Stadt!“

„O, ein Schrotter!“

„Magl könne ich die Nachricht selbst ausbeuten — ich will es nicht. Mein Wille sieht nicht nach Gold...“

„Schlemihl!“ lachten einige.

„Ich werde sie auch hin, weil die gelbe Hure euch reizt, weil ihr nach dem Göten Mammon giert, weil ihr die Tänzer seit auf der rollenden Angel!“

„Sagen Sie zuerst, was für ein Blatt es ist!“

„Ein Blatt, das nur in einem Exemplar vorhanden, in diesem!“

„Kalter Aufschliff! — Quatschopp! — Lügen Sie man nicht so dorf!“

„Weil die ganze Ausgabe sofort konfisziert wurde, als es geschnitten war...“

Einige wurden unruhig. Das Spielfieber ergriff sie. Unmöglich. Nein. Welch eine Nachricht mögliche es sein, der man so schnell und gründlich den Hals abgedreht hatte! Welch wertvolle Nachricht!

„Schwindel!“ schrie einer, um sich Mut zu machen.

„Sie brauchen es nicht zu glauben. Nur einer braucht mir zu glauben: der dies Blatt erschafft! Sein Glorie wird millionenfach belohnt werden.“

Hoch in der Luft schwankte Roderich die Zeitung. Augen hingen an ihr wie Fischköppchen, blitzen, schwangen sich mit.

„Ich lege sie auf zum niedrigsten Preise,“ schwoll seine Stimme. „Zwei Pfennige zum ersten...“

„Als Kauf!“

„Ein Sackrodel, der da oben! Zehr Pfennige für eine Nachricht, die Milliardäre macht!“

Und eilige boten zum Spaß auf.

Hör Roderich, ernst wie ein Auktionator: „Gef sind da, Niemand mehr? Zum ersten...“

„Zwanzig!“ sprach ein neuer.

„Zwanzig zum ersten...“

„Zwanzig!“

„Was is'n los?“ drängten sich Menschen heran.

„Hil! Blatt wird verzerrt mit wichtiger Nachricht.“

„Was zwanzig Pfennige? Ist der Mann gut?“

„Man weiß es nicht. Er sagt



# Genossenschaften.

Konsumgenossenschaftliche Kartoffelversorgung. Die mancherlei Erhebungen bei der diesjährigen Kartoffelversorgung haben auch zu mehrfachen Erwägungen in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ geführt. In der Nummer vom 12. November werden zum Beweise dessen, daß es sehr wohl möglich ist, bei verschiedenartigen Zusammenarbeit mit den Produzentenverbänden eine geregelte Versorgung der Städte zu erreichen, und dafür, daß sich wahrmögliche Preistreibereien am besten vereiteln lassen, wenn die Verbraucher sich organisieren und dann ruhig Blut bewahren, einige Vorschläge aus der Hamburger Genossenschaft „Produktion“ veröffentlicht, die zu Nutz und Frommen aller Verbraucher auch hier mitgeteilt sein mögen: Die Konsumgenossenschaft „Produktion“, Hamburg, hat die Versorgung ihres weit ausgedehnten Tätigkeitsgebietes mit Kartoffeln für den Winter in ganz umfangreicher Weise in die Hand genommen. Durch rechtzeitigen Abschluß von Verträgen mit landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbänden der Überschlagsgebiete sicherte sie sich gewaltige Mengen Kartoffeln und sorgte auch nach Möglichkeit für rasche Zufuhr. Um der minderbemittelten Bevölkerung die Einnahme von Winterkartoffeln zu erleichtern, schritt sie zum sogenannten Schuhverkauf (aus Käufen an Wasserlochplätzen) in allen Stadtteilen, wo solcher möglich war. Sie bot Kartoffeln zu 60 bis 65 Pf. an, mußte aber erleben, daß die Verbraucher sie ließen, offenbar in der Erwartung, die Ware werde noch billiger werden. Als dann die Stimmung plötzlich umschlug, rückte man sich um die Ware, so daß die Geschäftsführung Vorsichtsmaßregeln treffen mußte, um zu verhindern, daß Kleinhandler — und zu denen gesellten sich leider auch Verbraucher, selbst organisierte — mit ihrer billigen Ware Privatgeschäfte machen könnten. Erfreulicherweise ist die „Produktion“ dank ihrer vorzüglichen Maßnahmen in der Lage, den Groß-Hamburger Kartoffelpreis wesentlich zu beeinflussen. Bisher schloß sie für den Schuhverkauf 500 Waggons (100 000 Zentner) ab, wovon 300 Waggons (60 000 Zentner) bereits erledigt sind. In den Warenabgabestellen gelangten bisher 10 000 Zentner im Kleinverkauf zur Verteilung, und in der Haustieferei sind 8000 Zentner teils bereits abgeführt, teils gezeichnet dies in nächster Zeit. Als Reserve für Notfälle ist die Einlagerung weiterer 25 000 Zentner vorgesehen, von denen 18 000 Zentner bereits eingefüllt sind. Das sind gewaltige Mengen, die ohne Preisüberhöhung gekauft sind und ohne Preiswürdigkeit abgegeben werden, während ein Teil der Kartoffelgrosshändler bereits auf das unter den obwalternden Verhältnissen unabdingbare Geschäft verzichtet hat, nach Hamburg zu liefern. Zum völligen Verhältnis sei noch bemerkt, daß in Hamburg, wie auch in anderen Industriegebieten Deutschlands, die Kartoffelpreise natürlicherweise immer höher gewesen sind als in Kartoffelanbauregionen, so daß der von der „Produktion“ in Anfang gebrachte und von ihr bestimmte Preis sich in jedem Fall als günstig erwies.

## Aus aller Welt.

Eine Million Mark unterschlagen. Durch falsche Rechnungen sind beim Bahnhof Schwelm-Witten größere Unterstellungen verübt worden. Es dürfte ungefähr ein Betrag von einer Million Mark in Frage kommen. In die Veruntreuungen sind auch der Eisenbahngemeinde Düsseldorf und der Bau- und Betriebsführer Schup verwickelt und verhaftet worden.

Ein Schloss vollkommen niedergebrannt. In Gern bei Egenfelden stand in dem Schlosse des Barons Glogau ein Brand aus, der das ganze Schloßgebäude vernichtete. Das Feuer verzichtete eine sehr wertvolle Kunstsammlung, die gegen 500 Uhren enthielt, und eine große Gewerbesammlung. Man vermutet, daß der Brand durch einen schadhafte Kanal entstanden ist.

Die Gastin aus Berischen erschossen. In Neustadt bei Coburg wollte der Soldaten-Dieb von dem Fenster seiner Wohnung aus einen Raubvogel schließen, die Waffe versagte jedoch. Als der Süchtige nur das Jagdgemeß unterhielt und damit in der Nähe des Fensters herumhantierte, ging plötzlich ein Schuß los und traf die Mächtige Editha so unglücklich in die Brust, daß der Tod sofort eintrat.

Das in Rumänien seinerzeit zurückgelassene Gesetz demischer Staatsangehöriger, oder lediglich iwwer es Kleider, Wäsche und kleinere Effeten entfällt, soll demnächst in einem Sammeltaxt nach Deutschland zurückgeführt werden. Darauf sich beziehende Anträge deutscher Interessenten sind an die deutsche Botschaft in Bukarest unter Beifügung eines Verzeichnisses des Gesetzes und etwaiger Kostenfünde zu richten.

# Theater und Musik.

Aus dem Konzertsaal.

Eine junge Lübeckerin, Gertrud Reuter, gab am Sonnabend im Logenraum (St. Annenstraße) einen Klavierabend, der recht erfreulich besucht war. Die junge Dame, der unverfälschte Typ des Lübecker Bürgermädchen vor dem Kriege in seiner einfachen, aber doch so bestechenden Schlichtheit, legte überzeugende Proben eines kräftig herauftretenden Talents ab. Wenn auch hinsichtlich der dynamischen Auswirkung der einzelnen Vorträge noch so mancher Wunsch zu unterdrücken war, so läßt sich doch nicht bestreiten, daß Gertrud Reuter es in der reintechnischen Fertigkeit bereits ziemlich weit gebracht hat. Sie verstand es, den Bechstein-Klavier-Töne von einer Eleganz und Bestimmtheit zu entlocken, die ihr Klavierspiel äußerst wundervoll in Erscheinung treten ließen. Noch fehlt ihrem Aufschlag die volle und freie Beweglichkeit des Handgelenks, aber das wird sich in demselben Moze ändern, wie sich die Knospe zur Blüte entfaltet. Das Programm, das Gertrud Reuter sich zur Durchführung gezeigt hatte, zeigte von gutem Geschmack. Es brachte neben dem Preludium und der Suite in A-Doll für Orgel von Bach-Licht Robert Schumanns überaus schöne C-Dur-Fantastie, eine tiefre Arie in Clara Wieck, seiner späten Lebensgefährtin; ferner vier kleine Stücke aus Max Reger's „Aus meinem Tagebuch“, die ganz besonders schwere Anforderungen an die Fingerfertigkeit der pianistin stellten, und schließlich noch die Chopinische Sonate in H-Moll (Op. 58), die besonders in ihren drei ersten Sätzen dem Vortragenden reichlich Gelegenheit gibt, blendende Lichter aufzustellen. Gertrud Reuter ließ es nicht daran fehlen. Am schönsten gelang ihr unzweifelhaft das Largo mit dem choralmäßigen Mittelsatz. Auch dem Scherzo, dem zweiten Satz, fehlte es nicht an Zartheit und Grazie. Die junge Virtuosin erfreute sich lebhaft aufmunternden Beifalls. Nebenbei wurden noch Blumen in dieser unerlässlichen Fülle und auch mancherlei Geschenke mehr reichen Inhalts der jugendstilischen Klavierfamilie dargebracht. — o —

Für das nebenliegende volkstümliche Konzert im Stadttheater hatte Karl Mannstaedt wieder einmal ein Programm zusammengestellt, das durch seine Eigenart überraschte. Welche Fülle der Gesicht! Robert Schumanns Ouvertüre zu „Manfred“, die den Aufstieg bildete, vermag uns heute nicht mehr so recht zu erinnern. Beethovens Violin-Romanze in F-Dur gab unserer Kontrabassisten, Herrn Anton Stolp, Gelegenheit, den Beweis zu erbringen, daß der große Brummbar unter den Streichinstrumenten auch edeler Regungen fähig ist, wenn ein Meister den Bogen führt. Gleichermaßen auf das bevorstehende Totenkopf hinweisend, ließ Mannstaedt danach „Tod und Verklärung“, die große sinfonische Dichtung von Richard Strauss, spielen. Um das Verständnis zu erleichtern, hatte man dem Programm in üblicher Weise Alexander Ritters poetische Erläuterung beigegeben. Der außergewöhnliche, musikempfängliche Zuhörer bedarf ihrer kaum, weil Richard Strauss außerordentlich plausibel malt. Wie noch immer, so sond auch diesmal die Dondichtung starke Beifall. Eine Gabe seltener Art war Joseph Haydns Sinfonie in D-Dur. Es ist die letzte der 12 Sinfonien, die Haydn während seines Aufenthalts in London geschrieben hat. Der Mittelsatz, das Andante, zeichnet sich durch eine bei Haydn sonst gar nicht bekannte heitere Leidenschaft aus. Sogar das Menetto steht an die Stelle der tanzenden, lächelnden Heiterkeit des Rotolo etwas wie widervernünftigen Trost. Haydn mag sich bei der Komposition dieser Sinfonie in einer ganz eigenartigen Gemütsverfassung befinden haben. Das Publikum nahm die Sinfonie mit starkem Beifall auf. Ute Webers volkstümlicher, unvergänglicher „Aufforderung zum Tanz“ und dem „Ungarischen Matros“ von Schubert-Licht fand das Konzert seinen freundlichen Ausklang.

## Nordwestdeutscher Bauernspur.

Von J. Kliche.

Die Ede zwischen Bremen und Wilhelmshaven. Aus den feuchten Marschwiesen steigen graue Nebelmassen. Dicht und schwer lagern sie an den Vormittagen über dem breiten Küstenstrich. Gegen Mittag verscheucht sie die milde Spätherbstsonne ein wenig, aber des Abends fordern sie wieder ihr altes Recht.

Auf den herbstbeauten Wiesen weide Vieh aller Arten. Pferde und Kinder, Schweine und Schafe. Leppig und voller Kraft. Norddeutscher Bauernspur. Die grasenden Pferde und Kinder, die Schafe und Schweine sind durchweg ohne Auffälligkeit. Und Tag und Nacht vagabundieren sie auf den nassen Wiesen umher. Daß nie kommt ein Stück abhanden. Das ist so seit altersher und ist auch so gehoben heutigstags.

Die Menschen, die in den umliegenden Städten wohnen, in Bremen und Emden, in Aurich und Oldenburg, in Wilhelmshaven und anderswo, sie haben keinen Ruhm von dem Blühen und Gebrechen all der jungen Tiere. Der Marschinenbauer hat gute

Abschärfen. Aus dem bejähnten und unbekümmerten Industriegespinne tummeln sich die Wucheragenten ins Land und zahlen im Bier mit den Ausläufern von den nahen friesischen Inseln Preise, deren Rennung jedes Bauernherz vor Freuden Tango tanzt. Ist es mit dem Vieh, so ist es mit der Butter, den Eiern, den Kartoffeln.

Ganz schüchter und zaghaft hat die oldenburgische Regierung versucht, daß der Erzeugerpreis für Kartoffeln nicht über fünf Mark den Rentner betragen dürfe. Darauf boykott auf ganzen Linie. Große Bauerndemonstrationen (unter volkspolitischer Führung versteht sich) in der ehemaligen „Residenz“, dem Ministerialgebäude heute wie vor grauen Zeiten die schöne, grüherzogliche Pracht trug. Die Regierung gab klein bei und die Fünfzig-Mark-Besitzung zurück. Dieweil eben die Bauern nicht nur das Heft, sondern auch die strohenden Kartoffelfäden den Händen halten.

Sait und selbstbewußt, mit festlich geschmückten Leiterwagen und Musikkapellen voran, zog das zu Tausenden zum „großen Bauerntag“ in die Stadt gesammelte agrarische Landvolk durch die Straßen Oldenburgs. „Wir sind da, wer will uns was?“ P. Wetter, es lebe der Bauermann!“ Von einem erzählte man, sei durch die Straßen der Stadt gefahren und habe in einem Fenster irgend etwas Großes, fastenähnliches gesehen. Darauf zum Geschäftsinhaber: „Was kostet die Kommode?“ Und dieser: „Das ist keine Kommode, das ist ein Konzertstuhl, kostet zehntausend Mark.“ Darauf wieder der Bauer auf seinem Wagen weißlich und die Brieftasche ziehend: „Na, da schmeiß mir mal dat Ding hinzu!“

An einer Ecke standen verhärmte Arbeitersfamilien. Als der Bauernzug vorüber kam, hielten alle den Bauern leere Kartoffelfäden entgegen. Eine schwiegende Demonstration, die die Bauern wütig anschaute. „Wat fehrt mi dat!“

Das Ganze ein racherenovierter Spur wirtschaftlicher Auseinandersetzung der Leute aus den Nebelbezirken. „Wi wünschen einfach nich!“ In der Tat, sie wollen nicht. Was helfen da die Schreibereien von dreihundert Geheimräten? Was die knüpfen Sie wollen nicht; und die vielgenannte Erfassung der Goldwertbeziehungen sie vertrauen auf den Gustav Stresemann. Der wird Sicherheiten für die Zukunft verschafft.

Die gleiche Hoffnung hegen die auf Helgoland, auf Wangerooge und Spiekeroog, auf Borkum und auf den anderen benachbarten ostfriesischen Inselbäuden verbliebenen Goldwertbefürworter. Sie trinken heißen Krog und schweren holländischen Doornlaak und fühlen sich, trotz Erzbergers Steuerreform und trotz aller Küstennebels von keinen Sorgen und Nöten bedrückt.

## Neue Bücher.

Schelmengeschichten vom kleinen Hein. Adolf Jensen um Wilhelm Lanzmann haben unjeren Kindern mit diesem Buche eine reiche Gabe gewidmet. Kindliche Welt, von Kindern selber dargestellt, kindliches Sinnen, von Kindern erzählt — das ist der Inhalt und der Wert dieses Buches. Aber nicht für Kinder wäre diese reizenden, lustigen und nachdenklichen Geschichten von Schelmen und Angsthäsen, von Tieren und Schulerlebnissen, von allgemeinem Bunt und Schönem im Kinderleben ursprünglich erzählt, sondern für die Schule. Was mag das wohl für eine Schule sein, in der die Kinder so frank und frisch, so ohne Scheu und ohne Zwang, so ganz aus ihrem klopfernden Kinderherzen zu plaudern wagen? Es ist das Schulideal, das uns die Verfasser jüngst gefordert haben. Und somit gilt ihre neue Gabe nicht nur unseren Kindern, sondern auch uns. Unjeren Kindern bietet das Buch reizend anregende Kunzweil. Das Buch ist ein Leebuch im besten Sinne, ein Leebuch für das Elternheim, eine Freude für die Kleinen von 8 bis 12 Jahren und ein Stück Kampf und Zukunftsfest gebunden, der Titel in Dreisatzdruck, beträgt der Preis 12 Mark.

Die Fesselung von Straßen gegen Arbeiter bedarf in jedem einzelnen Falle der Zustimmung des Betriebsrats. Dies fügt Regierungsrat Dr. Gladow, der bekannte Kommentator des Betriebsrätegesetzes, an dessen Zustandekommen er maßgebend mitgewirkt hat, im Novemberheft der „Neuen Zeitung“ für Arbeitsteile“ (Mannheim, Berlin, Leipzig, J. Bensheimer, Verlagsbuchhandlung) nachzuweisen. Das statliche Heft (Preis des Jahrganges 72 Mt., jährlich 12 Hefte) enthält ferner Erläuterungen zu dem wichtigsten Gesetz über den Strafantrag vom Arbeitsschein und zum neuen Gehaltsgrenzengebot aus der Feder der aufständigen Ministerialreferenten für diese Gesetze, der Geheimräte Kuhn und Quassowski.

## Druckladen

Jeder Art für Beamte, Handwerker

und Gewerbetreibende werden laufend

und pünktlich ausgeführt in der

Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“, Johannisstr. 46.

**Bremser Zigaretten-Zabriken G. Freye**  
Gegründet 1860 — Bremen — Gegründet 1860  
Niale Lübeck, Holstenstr. 13/15, Fernnr. 8937  
Beteiligte Belegschaftsquelle jüdischer Bremser Zigaretten-Zigaretten.

**Gebr. Müter,** Mühlenstraße 13,  
Fernsprecher Nr. 427.  
Beerdigungs-Institut.

**J. H. Peim,** Markt 12, Beste Belebungszelle  
für Namenswaren, Beste, Bettleder,  
Herrn- u. Krah.-Gard.-Art. u. Bettdecken.

**Hilflose Belegschaftsquelle**  
in eisernen Feder-  
boden, Stoffen  
u. Bettdecken  
**F. Fränkel,**  
Dreis. 50,- mit Sattelpunkt 4.

**Glasfenster** aller Art,  
Kitt,  
Glasscheiben, Bilderrahmen,  
**Oskar Taschner,**  
Fleischh. 16, Tel. 2952.



## Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Hamburg Büchen Eutin Travemünde

Montag	Mittwoch	Freitag	Samstag	Montag	Mittwoch	Freitag	Samstag	Montag	Mittwoch	Freitag	Samstag
6 <sup>00</sup>	7 <sup>00</sup>	5 <sup>25</sup>	7 <sup>05</sup>	8 <sup>00</sup>	9 <sup>15</sup>	6 <sup>30</sup>	7 <sup>15</sup>	7 <sup>15</sup>	8 <sup>15</sup>	6 <sup>30</sup>	7 <sup>25</sup>
7 <sup>45</sup>	8 <sup>25</sup>	7 <sup>25</sup>	8 <sup>15</sup>	8 <sup>25</sup>	9 <sup>15</sup>	7 <sup>45</sup>	8 <sup>25</sup>	9 <sup>15</sup>	10 <sup>45</sup>	8 <sup>25</sup>	9 <sup>15</sup>
9 <sup>30</sup>	10 <sup>30</sup>	8 <sup>25</sup>	9 <sup>15</sup>	10 <sup>45</sup>	12 <sup>15</sup>	10 <sup>45</sup>	12 <sup>15</sup>	12 <sup>15</sup>	13 <sup>15</sup>	10 <sup>45</sup>	12 <sup>15</sup>
11 <sup>00</sup>	12 <sup>00</sup>	9 <sup>25</sup>	10 <sup>15</sup>	12 <sup>15</sup>	13 <sup>15</sup>	11 <sup>00</sup>	12 <sup>15</sup>	12 <sup>15</sup>	13 <sup>15</sup>	11 <sup>00</sup>	12 <sup>15</sup>
12 <sup>45</sup>	13 <sup>45</sup>	10 <sup>45</sup>	11 <sup>30</sup>	13 <sup>15</sup>	14 <sup>15</sup>	12 <sup>45</sup>	13 <sup>15</sup>	13 <sup>15</sup>	14 <sup>15</sup>	12 <sup>45</sup>	13 <sup>15</sup>
1 <sup>45</sup>	2 <sup>45</sup>	11 <sup>30</sup>	12 <sup>15</sup>	14 <sup>15</sup>	15 <sup>45</sup>	13 <sup>15</sup>	14 <sup>15</sup>	14 <sup>15</sup>	15 <sup>45</sup>	13 <sup>15</sup>	14 <sup>15</sup>
2 <sup>45</sup>	3 <sup>45</sup>	12 <sup>15</sup>	13 <sup>00</sup>	15 <sup>45</sup>	17 <sup>15</sup>	14 <sup>15</sup>	15 <sup>45</sup>	15 <sup>45</sup>	17 <sup>15</sup>	14 <sup>15</sup>	15 <sup>45</sup>
3 <sup>45</sup>	4 <sup>45</sup>	13 <sup>00</sup>	14 <sup>45</sup>	17 <sup>15</sup>	19 <sup>15</sup>	15 <sup>45</sup>	17 <sup>15</sup>	17 <sup>15</sup>	19 <sup>15</sup>	15 <sup>45</sup>	17 <sup>15</sup>
4 <sup>45</sup>	5 <sup>45</sup>	14 <sup>45</sup>	16 <sup>15</sup>	19 <sup>15</sup>	21 <sup>15</sup>	17 <sup>15</sup>	19 <sup>15</sup>	19 <sup>15</sup>	21 <sup>15</sup>	17 <sup>15</sup>	19 <sup>15</sup>
5 <sup>45</sup>	6 <sup>45</sup>	16 <sup>15</sup>	18 <sup>15</sup>	21 <sup>15</sup>	23 <sup>15</sup>	19 <sup>15</sup>	21 <sup>15</sup>	21 <sup>15</sup>	23 <sup>15</sup>	19 <sup>15</sup>	21 <sup>15</sup>
6 <sup>45</sup>	7<										